

Jojo Mehta - und die Stopp Ökozid Kampagne

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Einleitung: Jojo Mehta hat 2017 zusammen mit der britischen Anwältin Polly Higgins die Kampagne Stopp Ökozid mitbegründet, um die Einführung von Ökozid als Verbrechen vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) zu unterstützen. Sie ist die Koordinatorin zwischen der schnell wachsenden internationalen Kampagne (Teams in 8 Ländern, Website in 7 Sprachen) und den Anwälten, Advokaten und Parlamentariern, die sich für die Einführung des Verbrechens einsetzen. Sie ist Absolventin der Oxford und London Universitäten und hat einen Hintergrund in Kommunikation, Unternehmensführung und Umweltkampagnen.

Mette Mølgaard Henriksen (MMH): Bevor wir über Ihre Kampagne "Stopp Ökozid" sprechen, können Sie uns erklären, was der Begriff Ökozid bedeutet?

Jojo Mehta (JM): Der Begriff "Ökozid" wird im weitesten Sinne verwendet, um die massenhafte Schädigung und Zerstörung von Ökosystemen zu bezeichnen, so wie, sagen wir, Völkermord die Zerstörung von Menschen beschreiben könnte oder Mord die Zerstörung einer Person in Form von Mord. Das ist also eine sehr allgemeine Definition, die meiner Meinung nach weit verbreitet ist. Wir verwenden eigentlich eine Art Arbeitsdefinition, die auch die Tatsache einschließt, dass es sich um eine weit verbreitete, schwere, systematische oder langfristige Schädigung handelt, die auch die Risiken verbindlich anerkennt.

MMH: Die Kampagne "Stopp Ökozid" wurde 2017 gegründet. Können Sie einige Hintergründe zu dieser Kampagne nennen und deren Zweck erklären?

JM: Der Hintergrund ist eigentlich eine mehrjährige Arbeit an diesem Konzept und dessen Bekanntmachung und Umsetzung von Seiten Polly Higgins, mit der ich diese Kampagne begonnen habe. Und die Idee war einfach, die Frage zu beantworten: "Wie schaffen wir eine gesetzliche Sorgspflicht für die Erde?" Und die Schlussfolgerung, zu der Polly Higgins kam, war, dass das notwendige Schutzgesetz nicht vorhanden sei und das Strafrecht dieses Maß an Schutz schaffen würde. Genauso wie man das Recht auf Leben haben kann - doch solange

das Töten kein Verbrechen ist, ist das Recht auf Leben nicht geschützt. Auf die gleiche Weise könnte der Ökozid als Verbrechen ein Schutzgesetz für die natürlichen Systeme sein, von denen wir alle abhängen. Das ist also sozusagen der allgemeine Zweck der Kampagne. Die Kampagne selbst entstand, weil wir im Laufe der Jahre entdeckten, dass normale Stiftungsgelder nicht ohne weiteres verfügbar waren. Es war also schwierig, diese Arbeit auf diplomatischer Ebene voranzubringen, weil sie als eine ziemlich extreme Lösung angesehen wurde, die ein hohes Risiko in Bezug auf Unterstützung darstellt. Aber was wir erkannten, war, dass, wenn man mit den Menschen auf der Graswurzelebene spricht, die Leute wirklich zutiefst verstanden, dass dies notwendig ist. Es ging also darum, meinen Hintergrund in der Kampagnenarbeit und den von Polly Higgins in der Rechtswissenschaft zusammenzubringen und dies als öffentliche Kampagne zu gestalten, so dass wir einige Mittel aufbringen konnten, um die Sache auf diplomatischer Ebene voranzutreiben.

MMH: Sie setzen sich dafür ein, dass Ökozid zum fünften Verbrechen des Internationalen Strafgerichtshofs wird. Können Sie erklären, wie ein solches Gesetz aussehen würde und uns Beispiele nennen?

JM: Die internationale Strafebene und insbesondere das Römische Statut, das die derzeitigen vier internationalen Verbrechen regelt, richtet sich an Menschen in übergeordneten Positionen. Es richtet sich also an wichtige Entscheidungsträger. Genauso wie beim Verbrechen des Völkermordes zielt man nicht auf die Fußsoldaten, sondern auf die Leute, die die Situation kontrollieren. Das Gleiche würde für den Ökozid gelten, es zielt also wirklich auf die oberste Ebene. Es zielt auf die Entscheidungsträger ab, das können zum Beispiel CEOs sein, das können Finanziere sein, das können zum Beispiel Regierungsminister sein. Einer der Hauptgründe für den Ansatz auf internationaler Ebene- und es gibt tatsächlich eine Reihe von Gründen. Einer davon ist, dass die größten Umweltverschmutzer transnationale Unternehmen und ihre Lieferketten sind. Und um diese Akteure zu erreichen, braucht man ein Gesetz, das grenzüberschreitend funktioniert, denn sonst können diese Unternehmen ihre Aktivitäten einfach zwischen den verschiedenen Rechtssystemen verlagern, je nachdem, was für sie am günstigsten erscheint. Um also eine Art breite Basis für die Möglichkeit der Strafverfolgung in diesem Zusammenhang zu schaffen, ist es wichtig, die internationale Ebene zu betreten. Aber ich denke, es gibt noch ein paar andere Gründe, warum das sehr wichtig ist. Einer davon ist einfach der Mechanismus des Internationalen Strafgerichtshofs, denn er ist der einzige globale Mechanismus, der direkt auf die Strafjustizsysteme seiner Mitglieder zugreift. So kann man eine Ebene der Kohärenz schaffen, denn wenn ein Land ein Verbrechen dort ratifiziert, muss es es auch in seine nationale Gesetzgebung aufnehmen. So kann man eine Art von Kohärenz über Grenzen hinweg schaffen, was in diesem Fall wiederum sehr wichtig ist. Und auch wenn es möglicherweise länger dauert, dies in die Wege zu leiten, als ein Gesetz in einem einzelnen Land zu verabschieden, ist es auf lange Sicht tatsächlich effizienter, weil man nicht in einer Art Friedenssituation landet, in der es möglicherweise unterschiedliche Definitionen in verschiedenen Ländern gibt und so weiter. Aus unserer Sicht ist es also letztlich der effizienteste Weg, um eine Regelung zu schaffen,

die grenzüberschreitend gilt.

MMH: Da es beim Ökozid um die Zerstörung der Umwelt geht, handelt es sich um ein Nebenprodukt unserer wirtschaftlichen Aktivitäten im Kapitalismus und unserer Konsumgesellschaft. Ist es überhaupt möglich, daraus ein Gesetz zu machen, ohne unser ganzes Wirtschaftssystem zu ändern?

JM: Die einfache Antwort darauf ist, nein, das ist es nicht. Aber ich denke auch, die positive Antwort darauf ist, dass unser System eigentlich schon aufmerksam ist. Ich meine, die Hauptakteure in unserem System sind sich zutiefst bewusst, dass eine Art von seismischen, drastischen Veränderungen notwendig ist. Und nicht nur das, auch im Bereich der unternehmerischen Nachhaltigkeit gibt es jetzt eine Menge Unternehmen, die versuchen, das Richtige zu tun. Selbst einige der schlimmsten Schauspieler ändern ihr Verhalten, um zumindest in Richtung der Vorstellung zu gehen, dass sie das Richtige tun könnten. Sie müssen sich vielleicht in Richtung Nachhaltigkeit bewegen. Das ist also nichts, was irgendjemanden überraschen wird. Das Wichtigste dabei ist, dass wir nicht versuchen, es sofort zu tun. Ich meine, natürlich wollen wir auch nicht, dass es zu lange dauert. Dieses Jahrzehnt wird entscheidend sein. Und wenn wir die Ziele von Paris erreichen wollen, wenn wir die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung erreichen wollen, dann muss eine Art Parameter geschaffen werden, um das zu ermöglichen. Und für uns ist es das, was ein Ökozid-Gesetz tut. Es schafft die Art von Parameter, eine Art Leitplanke, um die Unternehmenspraxis zu steuern und in einem sicheren Betriebsraum zu halten, aber nicht, um es sofort über Nacht zu tun. Denn, ich meine, das ist ein weiterer Grund, sich auf internationaler Ebene einzubringen, denn wenn man ein Gesetz in einer einzelnen Jurisdiktion einführt, ich meine, eigentlich sind Regierungen ziemlich zurückhaltend, das zu tun. Und die eine Regierung, die das vor kurzem getan hat, nämlich Frankreich, hatte Schwierigkeiten damit und musste die Definition von Ökozid ziemlich abschwächen, um sie durchzusetzen. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Man hat wirtschaftliche Beziehungen und Verträge, und plötzlich Leute zu kriminalisieren, mit denen man bisher problemlos zusammengearbeitet hat, ist eine wirklich schwierige und chaotische Angelegenheit. Aber wenn man das auf internationaler Ebene vorantreibt, gibt es bestimmte Verfahrensschritte, die stattfinden müssen, und die brauchen Zeit. Und im Endeffekt schaffen Sie damit eine Art Einhaltungfrist. Sie wissen also, dass Sie viele Länder mit ins Boot holen müssen, um die Sache voranzubringen. Es gibt also eine Art Sicherheit durch Zahlen, aber auch die Tatsache, dass es eine gewisse Zeit dauern wird. Ich meine, wir schätzen, es könnte insgesamt vielleicht etwa fünf Jahre dauern, bis sich das internationale Recht tatsächlich ändern könnte - das ist erstaunlich schnell. Sagen wir, das ist die Zeitspanne, die es brauchen würde, um es in der wirtschaftlichen Welt und in der politischen Welt bekannt zu machen. Schon jetzt nimmt dieses Thema rapide zu. Sobald ein Staat oder eine kleine Gruppe von Staaten idealerweise bereit ist, diese Änderung des Römischen Statuts, des maßgeblichen Dokuments für den Internationalen Strafgerichtshof, vorzuschlagen - sobald dieser Vorschlag vorliegt, ist dies am Horizont zu sehen. Ich denke, wenn die Leute wirklich ein bisschen nachdenken, erkennen

sie, dass so etwas irgendwann ins Spiel kommen muss. Tatsächlich wurde Polly Higgins schon vor einigen Jahren von den Versicherungsgesellschaften gesagt: Wir wissen, es wird so kommen. Es ist nur eine Frage des Zeitpunkts. Die Tatsache, dass das Gespräch schnell voranschreitet und dass ein Staat bereit sein könnte, so etwas auf den Tisch zu legen und es vielleicht sogar schon im nächsten Jahr vorzuschlagen - wir werden sehen, wie sich das auswirkt. Es gibt nie eine 100-prozentige Garantie bei diplomatischer Arbeit, aber die Dinge haben sich ziemlich schnell entwickelt. Ja, sobald sich das abzeichnet, gibt es einen starken Impuls, der an alle möglichen Stellen in der Produktionskette geht. Also die Finanziere, die Versicherer - Tatsache ist, wenn etwas ein Verbrechen ist, kann man es nicht versichern, man kann keinen Mord versichern. Ich meine, man kann nicht zu seiner Regierung gehen und eine Genehmigung für einen Massenmord bekommen. Es ist einfach nicht möglich, es ist kriminell. Wenn man also die Perspektive hat, über die reine Umweltregulierung hinauszugehen, wo das meiste Umweltrecht immer noch angesiedelt ist, wenn man darüber hinausgeht und tatsächlich zum Strafrecht übergeht, dann sieht man tatsächlich eine komplette Veränderung der Grundregeln. Das ist also etwas, an das man sich mit der Zeit anpassen muß. Aber wie ich schon sagte, nicht über zu viel Zeit. Wir haben nicht allzu viel Zeit.

MMH: Die Ökozid-Bewegung ist weltweit auf dem Vormarsch. Können Sie uns einen Überblick über die internationale Unterstützung für diese Kampagne geben und auch erläutern, wie wichtig es ist, dieses Thema in den Fokus zu nehmen?

JM: Auf jeden Fall. Wir haben also bereits sechs IStGH-Mitgliedstaaten, die in irgendeiner Weise auf Regierungsebene ein Interesse daran bekundet haben, dieses Thema auf die staatliche Ebene zu bringen. Und die ersten beiden davon waren kleine Inselstaaten, die natürlich am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind und daher ganz klar einen Anreiz haben, sich mit den Ursachen dafür zu befassen. Und das waren Vanuatu und die Malediven, die Ende 2019 das Thema vor den Internationalen Strafgerichtshof gebracht haben und die Mitgliedstaaten aufgefordert haben, das Thema ernsthaft zu diskutieren. Dann haben wir Unterstützung aus Frankreich, Emmanuel Macron, der sehr konkret seinen Wunsch geäußert hat, sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, insbesondere vor den internationalen Strafgerichten, und auch Belgien, das tatsächlich eine Zusage in sein Regierungsprogramm aufgenommen hat, diplomatische Maßnahmen zu ergreifen, um das Verbrechen des Ökozids zu bekämpfen. Und sie waren das erste europäische Land, das den Internationalen Strafgerichtshof angesprochen und zur Rede gestellt hat, was erst vor ein paar Monaten im Dezember geschah. Der finnische Außenminister hat auch seine Unterstützung zum Ausdruck gebracht und eine spezielle Videobotschaft zu einer Nebenveranstaltung zum Thema Ökozid im Dezember vor dem IStGH eingereicht. Das war also eine sehr konkrete Geste. Und dann haben wir auch Unterstützung aus Spanien in dem Sinne, dass ihr parlamentarischer Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten sehr stark dafür gestimmt hat, der spanischen Regierung zu empfehlen, ebenfalls eine Gesetzgebung zum Ökozid auf nationaler und internationaler

Ebene in Betracht zu ziehen. Aber das ist erst der Anfang, denn wie Sie vielleicht wissen, haben wir ein Gremium aus führenden internationalen Strafrechtsanwälten einberufen, um eine rechtlich belastbare Definition von Ökozid zu erarbeiten, die von interessierten Staaten beim Internationalen Strafgerichtshof eingereicht werden könnte. Und das ist etwas, das bisher noch nicht gemacht wurde. Es gab bereits Arbeitsdefinitionen, aber dies ist das erste Mal, dass dies als Antwort auf eine Anfrage von Parlamentariern geschah, in diesem Fall aus Schweden, von Parlamentariern beider Regierungsparteien, die unsere Stiftung kontaktierten und sagten: Offensichtlich haben Sie die Verbindungen und Sie haben Verbündete mit der Expertise, dies zu tun. Seid ihr in der Lage, uns eine Definition zu präsentieren, die wir in Betracht ziehen könnten, die überprüft werden könnte. Das ermöglichte es uns, ein außerordentlich talentiertes und erfahrenes juristisches Gremium zusammenzustellen, um dies zu tun. Und sie arbeiten in den nächsten Monaten an dieser Definition. Diese wird also im Juni erscheinen. Sie planen, uns mit einer Definition zu versorgen. Das wird uns in die Lage versetzen, eine viel breitere Gruppe von Staaten auf der ganzen Welt zu erreichen, um dies zu berücksichtigen und voranzubringen, und wir haben bereits das Interesse von, ich glaube, elf anderen Ländern, die daran interessiert sind, diese Definition zu sehen, wenn sie vorliegt. Die Diskussion darüber wächst also ziemlich schnell. Und es wird sehr interessant sein, zu sehen, wie es weitergeht, sobald die Definition vorliegt, denn ich denke, dass sie in diesem Stadium noch einmal an Schwung gewinnen wird.

MMH: Kürzlich wurde die französische Regierung der Untätigkeit beim Klimaschutz für schuldig befunden. Worum geht es in diesem Fall und warum wird er als "historischer Sieg" betrachtet?

JM: Der Fall L'Affaire du Siècle, oder die Affäre des Jahrhunderts, wird von vier verschiedenen NGOs unterstützt, darunter Greenpeace in Frankreich und auch eine NGO namens Notre Affaire à Tous, die von einer unserer wichtigsten Mitarbeiter in Frankreich und Beiratsmitgliedern, Valérie Cabanes, gegründet wurde, die sich in den frankophonen Ländern über viele Jahre hinweg sehr stark für den Ökozid eingesetzt hat. Und in diesem Fall ging es um das Klima und darum, was die Regierung tat, um die Ziele, die sie sich selbst gesetzt hatte, tatsächlich zu erreichen. Und es wurde im Wesentlichen festgestellt, dass sie in ihrer Erfolgsbilanz, tatsächlich Maßnahmen zu ergreifen, um die Ziele zu erreichen, die sie sich als eines der europäischen Mitglieder der Unterzeichner des Pariser Abkommens gesetzt hatte, zu wünschen übrig ließ. Es gibt noch weitere Entwicklungen in dem Fall, aber was bereits festgestellt wurde, ist, dass, Frankreich, die französische Regierung, eine Verantwortung hat, sich an diese Ziele zu halten. Ja, sie hat es versäumt, dies zu tun. Und ja, sie ist potenziell verantwortlich für die daraus resultierenden ökologischen Schäden. Und aus diesem Grund ist es ein bahnbrechendes Urteil. Es ist nicht der erste Fall, in dem eine Regierung für ihre Untätigkeit beim Klimaschutz zur Rechenschaft gezogen wird. Das geschah sowohl in den Niederlanden mit dem Urgenda-Fall, der erstmals 2015 ans Licht kam und dessen letzte Berufung, glaube ich, letztes Jahr bestätigt wurde. Aber es gab auch einen Fall in Irland, wo die Klimapolitik der Regierung als unzureichend erachtet wurde und sie tatsächlich

beauftragt wurde, etwas Besseres zu präsentieren. Es ist also der dritte in einer Reihe von Fällen, von denen wir annehmen, dass es noch viele weitere geben wird, in denen Regierungen von zivilgesellschaftlichen Akteuren direkt zur Rechenschaft gezogen werden, was ihre Verantwortung gegenüber ihrer Bevölkerung und zukünftigen Generationen angeht. Es ist also ein wirklich wichtiger Sieg. Er ist noch nicht abgeschlossen, es wird weitere Entwicklungen in diesem Fall geben, aber dieser erste Sieg ist sehr wichtig.

MMH: Was glauben Sie, wie die Welt aussehen würde, wenn wir ein Ökozid-Gesetz hätten und es tatsächlich als Verbrechen angesehen würde, die Natur zu zerstören?

JM: Das ist eine wunderbare Frage. Wir sehen das Ökozidgesetz als eine Art Brückenschlag, wirklich von einem alten und dysfunktionalen System zu einem, das tatsächlich im Einklang mit der Natur funktioniert. Wir machen uns natürlich keine Illusionen, dass diese eine Regel alles ändern wird, aber wir denken auch, dass es ohne diese Regel schwer sein wird, etwas zu ändern. Es ist also eine Art Überbrückung, denn wenn man darüber nachdenkt, wenn man sich für Menschenrechte oder soziale Gerechtigkeit einsetzt, dann hat man zumindest die Gewissheit, dass Massenmord ein Verbrechen ist. Man hat also eine Art Fundament, auf dem man aufbauen kann. Aber im Moment gibt es in der Umweltpolitik keine wirklich fundamentale rote Linie, die gezogen wird. Man kann also weiterhin zur Regierung gehen und um eine Genehmigung für Fracking bitten. Sie können nicht hingehen und um eine Genehmigung für das Morden bitten. Wenn man das ändert, hat man wirklich die Möglichkeit, die ganze Denkweise zu ändern, wie wir an unsere Wirtschaft herangehen, wie wir an unsere Infrastruktur herangehen, wie wir an die Art und Weise herangehen, wie wir Dinge tun und wie wir mit der Natur umgehen. Die Idee ist also wirklich, vom Schaden zur Harmonie zu gelangen. Und wenn man die Zerstörung der Natur unter diesen roten Faden bringen kann, so dass sie inakzeptabel wird, dann fängt man auch an, die Art und Weise zu ändern, wie die Menschen sich selbst in Bezug auf die Natur begreifen. Denn im Moment schützen unsere Gesetze zwar das Eigentum oder es gibt Strafgesetze, wenn es um die Schädigung von Menschen geht, aber sie stellen keine Gleichwertigkeit her, also haben wir nicht diese lange Geschichte. Jahrhundertlang betrachteten wir uns von der Natur getrennt und herrschten über sie, jedenfalls im westlichen Denkmuster, das derzeit weltweit dominiert. Es dominiert, weil es eine Philosophie der Vorherrschaft ist. Das führt zur Dominanz, andererseits als zum Beispiel die Lebensweisen der Ureinwohner. Und das ist in diesem Zusammenhang sehr wichtig, denn 80 Prozent der biologischen Vielfalt der Welt wird von indigenen Gemeinschaften verwaltet. Das ist kein Zufall. Sie haben nämlich ein wirklich starkes, tiefes Bewusstsein für den Wert der Natur und unsere Verbundenheit mit der Natur. Die Kriminalisierung der Naturzerstörung hat also etwas, das diese alten Lebensweisen ganz selbstverständlich anerkennen, nämlich dass es Konsequenzen hat, wenn man Mutter Erde schädigt. Das entscheiden wir nicht selbst. Das ist eine Tatsache und wir sehen es immer um uns herum, und zwar auf zunehmend apokalyptischer Weise.

Das anzuerkennen und tatsächlich als Teil unseres Rechtssystems zu verankern, gibt eine Art

Wendepunkt oder eine Umstellung, von der wir glauben, dass sie wirklich eine andere Herangehensweise ermöglichen kann, so dass alle geschäftlichen Aktivitäten nun eine zusätzliche Grundlage haben werden. Wie führe ich mein Geschäft aus, ohne dabei andere umzubringen? Das heißt, wie führe ich mein Geschäft aus, ohne Ökosysteme zu zerstören? Und wenn man anfängt, diese Frage zu stellen, wird es zu dem, was ich mir erhoffe und was wir bei Stopp Ökozid als eine willkommene Herausforderung ansehen. Wir müssen die Welt in eine andere Richtung lenken. Wie können wir mit diesen neuen Werten arbeiten? Und ich denke, wir werden einige wirklich große Veränderungen sehen - und zwar sehr positive.

MMH: Jojo Mehta, vielen Dank für Ihre Zeit.

JM: Vielen Dank, es war mir eine Ehre.

ENDE